

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Einladung

zu einer Sitzung der Stadtvertretung am
Mittwoch den 18. Dezember 1946, ^{15 Uhr}
in Kiel, Rathaus, Ratssaal.

T a g e s o r d n u n g

- 1.) Betrifft: Wahl des Richters und der Beisitzer des Stadtverwaltungsgerichts (Drs.).
Berichterstatter: Oberbürgermeister.
- 2.) Betrifft: Erstattung verauslagter Gleisanschlusskosten an das Reich. (Drs. 80).
Berichterstatter: Oberbürgermeister.
- 3.) Betrifft: Nachtragshaushaltsplan für das Stadtbauamt (Drs. 82)
Berichterstatter: Oberbürgermeister.
- ~~4.) Betrifft: Erhöhung der bei 022/73 für Reise- und Fahrkosten beantragten Mittel um 4000 RM (Drs. 76).
Berichterstatter: Bürgermeister.~~
- ~~5.) Betrifft: Inbetriebnahme des Kraftwerkes Ost (Drs. 77).
Berichterstatter: Stadtrat Ratz.~~
- 6.) Betrifft: Instandsetzung des Schulbarackenlagers Elmsenhagen-Süd III (Drs. 79).
Berichterstatter: Stadtrat Koch.
- 7.) Betrifft: Finanzbericht zum Haushaltsplan 1946 (Drs. 81).
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
- 8.) Betrifft: Bereitstellung von Mitteln für die Einrichtung des ehemaligen Herrenhauses auf dem Gewese Hof-Hammer als Kindervollheim. (Drs. 84).
Berichterstatter: Stadtrat Kowalewky.
- 9.) Verschiedenes.

Lehmkuhl,

Zu den Akten.

~~Ber~~ Oberstadtdirektor

7

S T A D T K I E L

- Ratsamt -

Kiel, a.17.12.1946.

V e r l a g e

für die Stadtvertretung am Mittwoch, d.18.12.46.

Betrifft: Stadtverwaltungsgericht.

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: Wahl von einem Verwaltungsrichter und 6 ehrenamtlichen Beisitzern.

Begründung:

Der Landtag der Provinz Schleswig-Holstein hat beschlossen, die Verwaltungsgerichtsbarkeit wieder einzuführen. Die Stadtverwaltungsgerichte nehmen ihre Tätigkeit spätestens am 1.1.47 auf. Das Stadtverwaltungsgericht besteht aus einem Richter als Vorsitzenden und aus 2 ehrenamtlichen Beisitzern, die sämtlich von der Stadtvertretung zu wählen sind.

Nach § 8 des vom Landtag beschlossenen Gesetzes wird der Richter auf Vorschlag eines Ausschusses vom Rat der Gemeinde gewählt. Der Ausschub besteht aus dem Oberstadtdirektor und 2 von der Stadtvertretung gewählten Mitgliedern. Die Stadtvertretung hat am 15. d. Mts. den Oberbürgermeister und den Bürgermeister in den Ausschub gewählt.

Nach § 11 des Gesetzes über die Wiedereinrichtung der Verwaltungsgerichte in Schleswig-Holstein vom 10.7.46 hat der Ausschub ferner eine Vorschlagsliste für die Wahl der Beisitzer des Stadtverwaltungsgerichtes aufzustellen.

Der Ausschub hat die anliegende Vorschlagsliste aufgestellt, aus der 6 ehrenamtliche Beisitzer von der Stadtvertretung zu wählen sind, von denen alle 2 Jahre 2 ausscheiden.

gez. G a y k

Am 18.12.46

S T A D T K I E L
- Ratsamt -

Kiel, d.17.12.46

A n l a g e

Betrifft: Besetzung des Stadtverwaltungsgerichts.

Carl v. Seydlitz, Gellertstr.22
Theodor Werner, Königsweg 52
Ernst Lethi, Virchowstr.2
Rudolf Rannow, Chemnitzstr.3.
Rudolf Grube, Wrangelstr.27
Alfred Jung, Kronshagenerweg 71
Bruno Verdick, Düppelstr.20
Ferdinand Willumeit, Hamburger Chaussee 114
Frieda Döbel, Bergstr.7b
Reinhard A r p , Kiel, Prüne 68
Paul Theede, Kiel, Lessingplatz 6
Jürgen Husfeldt, K.-Gaarden, Elisabethstr.54
Wilh. Preuß, K.-Elmschenhagen, Reichenbergerallee 30
Carl Nordhorst, Hof Petersburg
Claus Tietje, v.d.Goltzallee 70
Paul K a u f , Alte Lübecker Chaussee 34
Wilhelm Gloer, Speckenbeckerweg 84
Hans Scheidemann, Wellingdorf, Lager Wehdenweg

Kiel, den 25. November 1946

An
das Ratsamt,
~~hier~~
über die Kämmererverwaltung.

Anmeldung zur Sitzung der Kämmererei.

Betr.: Erstattung verauslagter Gleisanschlußkosten an das Reich.

B. v.: Oberbürgermeister

Antrag: Die Gleisanschlußkosten für die Kartoffellagerhallen am Grasweg in Höhe von 35.395,14 RM aus Haushaltsstelle 920/971 für 1946 an das Reich (Oberfinanzkasse) zu erstatten.

B e g r ü n d u n g

Gemäß Vertrag vom 4./11. 5.1944 überliess die Stadt dem Deutschen Reich eine am Grasweg belegene Fläche in Größe von 15400 qm unentgeltlich zur Errichtung und zum Betrieb von 3 Kartoffellagerhallen für die Versorgung der Bevölkerung. Über das aus diesem Anlaß von der Stadt gebaute, vom Reichsbauamt aber bezahlte Anschlußgleis besagt § 5 des Vertrages folgendes:

"Das städtische vorläufige Anschlußgleis steht dem Deutschen Reich für den Betrieb der Kartoffellagerhallen bis zum Ersatz durch das endgültige Gleis zur Verfügung mit der Maßgabe, daß die Benutzung für andere Zwecke gegenüber dem Betrieb für die Kartoffellagerhallen zurückzustehen hat".

Auf Ersuchen des Oberfinanzpräsidenten hat das Reichsbauamt nunmehr die Erstattung der s.Zt. von ihm verauslagten Gleisanschlußkosten in Höhe von 35.395,14 RM gefordert. Die damals entstandenen Vorgänge sind verbrannt. Aus der erhalten gebliebenen Niederschrift über die Dezerntenbesprechung am 1.12.1942 geht jedoch hervor, daß der damalige Oberbürgermeister sich mit der Übernahme der Kosten auf die Stadt einverstanden erklärt hat für den Fall, daß der Finanzminister die Übernahme der Kosten durch das Reich ablehnen sollte, was nach Mitteilung des Oberfinanzpräsidenten geschehen ist. Der Ausschuß für Stadtplanung und Bauwesen schlägt im Hinblick auf diese Zusage und ferner darauf, daß das Industriegelände am Grasweg nunmehr fast restlos vermietet ist und das Gleis von den Mietern (Ripplinger, Dyckerhoff & Widmann usw.) dringend benötigt wird und Einnahmen für Benutzung des Gleisanschlusses zu erwarten sind, die Erstattung der Kosten an das Reich vor.

G a y k

Oberbürgermeister

Anmeldung für die Sitzung der Kämmererei.

Betr.: Nachtragshaushalt für die Bauwirtschaftsabteilung des
Stadtbauamtes.

B. E.: Oberbürgermeister G a y k .

Antrag: Genehmigung gem. § 91 Abs. II. DGO für folgende
überplanmäßige Ausgaben:

<u>61/630</u> Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	200,-- RM
<u>631</u> Drucksachen, Zeichen- und Schreib- material	3.800,-- RM
<u>73</u> Reise- und Fahrkosten	<u>12.000,-- RM</u>
insgesamt:	<u>15.000,-- RM</u>

Die Kosten werden in einen Nachtragshaushaltsplan
eingestellt.

B e g r ü n d u n g

Bei der Aufstellung des Voranschlages 1946 wurde für die Bauwirtschaftsabteilung des Stadtbauamtes ein besonderer Unterabschnitt nicht eingerichtet. Die Personalkosten für diese Abteilung wurden s.Zt. bei dem Unterabschnitt 61 - Städtebau und Planung - eingestellt. Weitere Mittel für die Bauwirtschaftsabteilung wurden nicht vorgesehen, weil damit gerechnet wurde, daß die bei dem Unterabschnitt 61 vorgesehenen Mittel für Zweckausgaben auch zur Bestreitung der Aufwendungen für die Bauwirtschaftsabteilung ausreichen würden. Der umfangreiche Geschäftsbetrieb der Bauwirtschaftsabteilung macht jedoch die Bereitstellung der beantragten Beträge für das Rechnungsjahr 1946 erforderlich.

Es wird gebeten, diese Beträge, die bis zum Ende des lfd. Rechnungsjahres erforderlich sind, durch Erhöhung der Ansätze bei den entsprechenden Haushaltsstellen 630, 631 und 73 im Unterabschnitt 61 bereitzustellen. Der Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen hat in seiner Sitzung am 3.10.1946 diesem Antrage zugestimmt.

G a y k

Oberbürgermeister

K i e l , den 25. November 1946

Betrifft: Instandsetzung des Schulbarackenlagers Elmschenhagen-Süd III.

Berichtersteller: Stadtrat K o c h .

Antra : Bereitstellung von 5.000,-- RM und 1000,-- RM = 6000 RM bei 21/902 für 1946 für "Instandsetzungsarbeiten am Lager Elmschenhagen-Süd III" unter Entnahme aus Vorbehaltsmitteln.

B e g r ü n d u n g

1. Für das Lager Elmschenhagen-Süd III stehen dem Stadtbauamt nach Sperrung der Kriegsschädenmittel keinerlei Gelder zur Verfügung. Errichtung einer Einfriedigung kann aus diesem Grunde nicht durchgeführt werden. Um jedoch die unhaltbaren Zustände - laufende Entwendung vom Barackenteilen trotz verschärfter Bewachung - im Lager zu bessern und um sonstige dringende Instandsetzungsarbeiten, wie Dachausbesserungen, Fensterverglasungen, Tür- und Fensterreparaturen durchführen zu können, sind für das Lager Süd III 5.000,-- RM erforderlich.
2. Die Schulbaracke im Lager Süd III Elmschenhagen können nicht genügend geheizt werden. Es ist dem Maschinenamt gelungen, 5 Öfen zu erwerben, die der Schule zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Öfen kosten je 170,-- RM, dazu kommen die Kosten für Ofenrohre, Transport, Einbau usw., so daß sich der Ofen auf rd 200,-- RM belaufen wird. Insgesamt sind 2.000 RM erforderlich.

Der Hauptausschuß für Schule und Kultur hat sich mit der Ausführung der Arbeiten in seiner Sitzung vom 4.11.46 einverstanden erklärt.

K o c h

Stadtrat

Kiel, den 4. Dezember 1946.

Betrifft: Finanzbericht zum Haushaltsplan 1946.Berichterstatter: Stadtrat ^W i c k e l s e n .Antrag: Kenntnisnahme.Begründung:

Gemäß § 30 der Gemeindehaushaltsverordnung und § 43 des Gemeindefinanzgesetzes wird folgender Bericht über die bisherige Ausführung des Haushaltsplans und die voraussichtliche Entwicklung bis zum Ende des Rechnungsjahres erstattet:

A) Berichtigter Haushaltsvoranschlag für 1946 und hiernach zu erwartender Jahresabschluß:

Der der Militärregierung eingereichte Originalhaushaltsplan schloß in den Gesamtausgaben mit 69.459.354 RM

Das ursprüngliche Haushaltssoll ist gemäß Finanzinstruktion Nr. 3 um 20 % auf den Betrag von 55.567.483 RM

in den Gesamtausgaben herabgesetzt worden.

Das Einnahmesoll wurde in dem von der Stadtvertretung verabschiedeten Haushaltsplan mit 38.548.939 RM

veranschlagt. Hinzukommen nachstehende Zuschüsse aus Reichs- und Landesmitteln, die auf Anordnung der Militärregierung nicht veranschlagt werden dürften:

0 Allgemeine Verwaltung

Reichszuschuß zu den Kosten der Ernährungs- und Wirtschaftsämter 540.090 RM

Personalkostenerstattung für die Kreisfeststellungsbehörde 395.766 RM

Erstattung der zusätzlichen Verwaltungskosten der Flüchtlingsfürsorge 50.000 RM

4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe

Erstattungen von Aufwendungen für Flüchtlingsfürsorge und Sonderfürsorge der ehem. Häftlinge der KZ-lager 5.000.572 RM

Erstattungen der Landesverwaltung zu den Kosten des Familienunterhalts 3.060.680 RM

5 Gesundheitswesen

Zuschuß zu den Kosten des Gesundheitswesens 80.000 RM 9.127.108 RM

Hiernach erhöht sich das Einnahmesoll auf 47.676.097 RM

=====

B) Ausführung des Haushaltsplans 1946

I. Abwicklung des 1. Halbjahres

- a) Die Abwicklung des Haushaltsplans erfolgte im Rahmen der von der Militärregierung erteilten Ausgabeermächtigungen für das 1. und 2. Vierteljahr.
- b) Gegenüber dem Voranschlagssoll treten folgende Einnahmeveränderungen ein:

Im Einzelplan 4 sind bei den Unterabschnitten 411 und 412 Erstattungen von Bezirksfürsorgeverbänden in Höhe von 1.619.000 RM und 500.000 RM veranschlagt. Diese Beträge werden nicht eingehen, da die Kosten der Flüchtlingsfürsorge lediglich in Höhe von 85 % der Aufwendungen aus Reichs- und Landesmitteln erstattet werden. Ferner werden die beim Einzelplan 9 veranschlagten Einnahmen aus Zinsen für Reichsschuldbuchforderungen und für belegte Gelder in Höhe von 1.948.902 RM nicht eingehen. Die Beträge mußten auf Anordnung der Militärregierung eingestellt werden, obwohl der Zinsendienst z.Zt. ruht. Soweit sonst in einzelnen Fällen das Einnahmesoll im 1. Halbjahr nicht erreicht wurde, trat ein Ausgleich durch Mehreinnahmen an anderer Stelle ein. Innere Verrechnungen werden zumeist erst im Laufe des 2. Halbjahres durchgeführt.

II. Voraussichtliche Entwicklung des 2. Halbjahres.

- a) Nach Aufstellung des Haushaltsplans im Januar ist die Stadt vor eine Reihe neuer Aufgaben gestellt worden, zu deren Durchführung erhebliche Mittel benötigt werden. Für die hierdurch bedingten Ausgabeerhöhungen wurden der Militärregierung Anträge auf Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben in Höhe von 3.441.933 RM vorgelegt. Weitere Anträge mit einer Gesamtausgabe von 636.453 RM folgen in Kürze. Hiervon werden durch Mehreinnahmen 2.110.285 RM gedeckt, so daß eine Mehrbelastung von 1.968,101 RM verbleibt.

Die Stadtvertretung hat in ihrer Sitzung vom 14.11.1946 einen Nachtragshaushaltsplan für die Beseitigung stadteigener Kriegsschäden sowie zur Erhöhung der für Groß- und Kleinräumung, Freimachung von Straßen und Plätzen und sonstige Aufbauvorbereitungen bereitgestellten Mittel mit einer Gesamtausgabe von 25.524.121 RM verabschiedet. Die Anforderung der Mittel für die Beseitigung von Kriegsschäden ist erforderlich geworden durch den Wegfall der unmittelbaren Kriegsschädenleistungen aus Reichsmitteln. Weitere Mehrausgaben entstehen bei den Polizeikosten und bei der Provinzialumlage. Die Polizeikosten sind mit 638.445 RM veranschlagt worden. Auferlegt wurden 979.510 RM. Für die Provinzialumlage sind 823.500 RM bereitgestellt worden. Erfordert werden für 1946 nach den vorläufigen Berechnungen 1.765.334,60 RM. Hinzu kommt eine Nachforderung für 1945 in Höhe von 471.126,48 RM.

Ausgabeersparnisse erheblichen Umfangs sind nach Durchführung der 20 %igen Kürzung nicht mehr zu erwarten.

b) Die Steuereinnahmen werden sich voraussichtlich wie folgt entwickeln	gegenüber dem Haushaltssoll	
	mehr RM	weniger RM
Grundstwerbsteuer	100.000	-
Schankerlaubnissteuer	2.000	-
Getränkesteuer	80.000	-
Vergnügungssteuer	1.900.000	-
Hundesteuer	33.000	-
Grundsteuer	-	1.500.000
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbesteuergewerbesteuerkapital	-	900.000
Gewerbelohnsummensteuer	-	300.000
Insgesamt:	2.115.000	2.700.000

Mithin ergibt das geschätzte Steueraufkommen eine Mindereinnahme gegenüber dem Haushaltssoll von 585.000 RM.

Über die Höhe des Aufkommens an Gewerbesteuer können zuverlässige Angaben nicht gemacht werden, da die Veranlagung für 1945 erst zum Teil erfolgt ist und vom Finanzamt eine Statistik über die veranlagten Gewerbesteuerbeträge nicht geführt wird. Das Finanzamt Kiel-Nord ist der Ansicht, daß im 2. Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres ungefähr das Aufkommen des 1. Halbjahres, das 2.256.031,45 RM betrug, erreicht werden wird.

Mehreinnahmen sind bei den Städt. Theatern infolge der mit Wirkung vom 1.4.1946 durchgeführten Erhöhungen der Eintrittspreise und der weiteren Besuchssteigerung mit 400.000 RM zu erwarten. Ferner wird die Konzessionsabgabe der Kieler Verkehrsaktiengesellschaft voraussichtlich um 250.000 RM über dem Haushaltssoll liegen.

Hinsichtlich der Einnahmeausfälle bei der Flüchtlingsfürsorge und beim allgemeinen Kapitalvermögen wird auf die Ausführungen unter B 1b verwiesen. Soweit im übrigen bei den öffentlichen Einrichtungen Mindereinnahmen zu verzeichnen sind, werden diese voraussichtlich durch Ausgabeersparnisse im wesentlichen ausgeglichen.

c) Aus dem neuen Finanzausgleich erwartet die Stadt Kiel im Haushaltsjahr 1946 folgende Einnahmen:

Grundsteuerausgleich	4.700.000 RM
Gewerbsteuerausgleich	8.000.000 RM
Schlüsselzuweisungen	668.820 RM
	<u>13.368.820 RM</u>
	=====

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Veränderungen ist folgender Fehlbetrag zu erwarten:

Planmäßiger Fehlbetrag 17.018.494 RM

Voraussichtliche

Voraussichtliche Mehrausgaben:

17.018.494 RM

Anträge auf Genehmigung zusätzlicher Ausgaben an die Militärregierung 1.968.181 RM

Nachtragshaushaltsplan für die Beseitigung städtigener Kriegsschäden, Groß- und Kleinaräumung, Freimachung von Straßen und Plätzen und sonstige Aufbauvorbereitungen 25.524.121 RM

Polizeikostenbeitrag 341.065 RM
 Provinzialumlage 1.409.961 RM

29.243.248 RM

Voraussichtliche Mindereinnahmen:

Erstattungen von Bezirksfürsorgeverbänden (Unterabschnitte 411 und 412) 2.119.000 RM

Zinsen für Reichsschuldbuchforderungen und belegte Gelder 1.948.902 RM

Steuern 585.000 RM

4.652.902 RM
 50.914.644 RM

Voraussichtliche Mehreinnahmen:

Zuschüsse aus Reichs- und Landesmitteln 9.127.108 RM

Städtische Theater 400.000 RM

Konzessionsabgabe der Kieler Verkehrsaktiengesellschaft 250.000 RM

9.777.108 RM
 41.137.536 RM

Verbleibender Fehlbedarf

Hiervon werden voraussichtlich gedeckt durch den neuen Finanzausgleich 13.368.820 RM

Zur weiteren Deckung steht der Überschuß aus 1945 zur Verfügung mit 4.288.481 RM

17.657.301 RM
 23.480.235 RM

Verbleiben ungedeckt

Eine wesentliche Minderung des Fehlbedarfs durch Ausgabeersparnisse ist nicht zu erwarten. Gleichfalls kann mit Einnahmeerhöhungen in größerem Umfang nicht gerechnet werden. Die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer sind durch Beschluß der Stadtvertretung in ihrer Sitzung vom 27.12.1945 um rd. 25 % erhöht worden. Hierdurch ist die Steuerkraft der Bevölkerung der durch die Kriegseinwirkung schwer getroffenen Stadt bis an die Grenzen des Zumutbaren angespannt.

Der außergewöhnlich hohe Fehlbetrag ist auf die durch die Kriegereignisse hervorgerufenen starken Zerstörungen Kiels zurückzuführen. Er würde sich wesentlich erhöhen, wenn die Erwartungen der Stadt aus dem neuen Finanzausgleich nicht erfüllt werden. Der ausgewiesene Fehlbetrag kann der Stadt ebenfalls nur durch die im neuen Finanzausgleich vorgesehenen Bedarfszuweisungen von der Hand gehalten werden. Es ergibt sich hiernach, daß die Stadt in ihrer wirtschaftlichen Lage des Schleswig-Holstein abhängig ist. Dieser Zustand ist auf die Dauer gesehen besorgniserregend.

Eine grundsätzliche Änderung der schwierigen Finanzlage ist nur zu erreichen, wenn für die Stadt eine wirtschaftliche Grundlage durch die Heranziehung neuer Industriebetriebe geschaffen wird und die noch vorhandenen Anlagen der früheren Schiffsbau- und Maschinenindustrie für Friedensarbeit erhalten und nutzbar gemacht werden.

Betrifft: Bereitstellung von Mitteln für die Einrichtung des ehemaligen Herrenhauses auf dem Gewese Hof Hammer als Kinder-
vollheim.

Berichterstatter: Stadtrat K a w a l e w s k y .

Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. II DGO für folgende außerplan-
mäßige Ausgaben:

471/901	Instandsetzung des Kinderheims Hof Hammer	9.800 RM
971	Inventarbeschaffung für das Kinderheim Hof Hammer	10.200 RM
		<u>20.000 RM</u>

B e g r ü n d u n g .

Der Krieg und seine Auswirkungen haben vielerlei Notstände geschaffen. Einen besonderen Platz unter diesen nimmt die Not der Jugend und hinunter wieder die der Kinder ein. In der Vorlage vom August 1946 ist sie schon eingehend dargelegt worden.

Was die Arbeit des Jugendamtes so außerordentlich schwierig macht, ist das Fehlen geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten für die Kinder. Wohl ist nach wie vor die Nachfrage nach Pflegekindern im Stadtkreis Kiel sehr reger, was am deutlichsten aus dem starken Ansteigen der Zahl der besetzten Pflegestellen hervorgeht. Im Verlauf des letzten Jahres konnten rd. 400 Kinder in Pflegestellen vermittelt werden. Am 1.10.46 waren rd. 1100 Pflegestellen vorhanden. Wenn die Hilfsbereitschaft der Kieler Bevölkerung insoweit dem Jugendamt die Sorge um die Kinder auch wesentlich erleichtert hat, so ist andererseits doch festzustellen, daß noch zu keiner Zeit so viel auf diese Art nicht zu lindernde Not vorhanden ist. Die Zahl der für die Unterbringung in Pflegestellen nicht geeigneten Kinder nimmt ständig zu. Unter den vom Flüchtlingsstrom abgesetzten Kindern befinden sich viele, die körperliche oder geistige Fehler aufweisen. In der Hauptsache handelt es sich um Bettnässen und Erziehungsschwierigkeiten, Erscheinungen, die aber auch allgemein stark hervortreten. Aufschlußreich ist auch die Zahl der unehelichen Geburten, die in den ersten 10 Monaten des laufenden Jahres 641 beträgt. Das bedeutet, daß jedes 3.-4. in Kiel geborene Kind unehelich ist. Für 77, also für 12%, dieser Kinder ist ein Ausländer als Erzeuger angegeben, davon der überwiegende Teil Angehörige der Besatzungsmächte. Aus Notzucht aus dem letzten Gebiete Deutschlands sind allerdings nur 4 Fälle registriert. Die Mehrzahl dieser von Ausländern gezeugten Kinder muß als sogenannte "unerwünschte Kinder" bezeichnet werden, für die Pflegestellen nicht gefunden werden können.

In die Reihe der in Pflegestellen nicht unterzubringenden Kinder gehören auch die Kinder aus geschiedenen oder sonst zerrütteten Ehen. und die Kinder, für die Maßnahmen nach § 1666 und nach § 1830 B.B. angeordnet sind. Als Folge des Krieges ist eine Hochflut solcher Maßnahmen zu verzeichnen. In den ersten 10 Monaten ds. Js. hat das Jugendamt sich allein mit rd. 400 Ehescheidungen befassen müssen.

Für alle diese Kinder bleibt nur die Unterbringung in Kinderheimen übrig. Die beiden jetzt dafür bestehenden städtischen Heime in Südensee und Hof Hammer sind bereits zu 50 % überbelegt. Aber immer wieder müssen in besonders dringenden Fällen weitere Kinder hineingepreßt werden. Die Folge ist, daß in den Heimen Zustände eintreten, die trotz Aufopferung des Personals nicht vermieden, aber auf die Dauer nicht verantwortet werden können. Die notwendigste Aufgabe ist deshalb, weiteren Platz für Heimkinder zu schaffen.

Das dem Jugendamt zur Verfügung gestellte Herrenhaus des Gewerkschaftshofes Hammer ist für die Einrichtung des Kindervollheimes in Aussicht genommen worden. Es ist nunmehr von den Flüchtlingsfamilien, die darin vorübergehend untergebracht waren, geräumt worden. Das Haus bietet Platz für 100-200 Kinder im schul- und vorschulpflichtigen Alter. Nach der Übersiedlung des Heimes in das größere Haus soll das Schweizer Häuschen, das das Kinderheim jetzt beherbergt, als Mutterheim dienen, in dem die Frauenklinik ohne Unterbrechung als Mutterheim der Stillzeit ein Obdach finden sollen. Auch diese Frage der Unterbringung der alleinstehenden obdachlosen Mütter mit ihren Säuglingen ist mittlerweile äußerst dringend geworden, so anerkanntenswert die jetzige Notlösung im Kieler Mädchenheim in Vieburg auch ist. Die dann in Hof Hammer befindlichen 3 Heime des Jugendamtes (Kindervollheim, Jugendwohnheim, Mütterheim) sollen gemeinschaftlich bewirtschaftet werden, da wir uns davon eine größere Rentabilität versprechen.

Bevor das Haus dem beabsichtigten Zweck zugeführt wird, bedarf es, besonders im Hinblick auf die vorherrschende Benutzung, der Überholung. Auch sind noch einige Ergänzungen, so bezüglich der sanitären Einrichtungen erforderlich. Nach dem beiliegenden Kostenanschlag des Stadtbauamtes betragen die Kosten hierfür 9.800 RM.

Die Einrichtung und Erweiterung der bisherigen Heime ist ohne Inanspruchnahme von besonderen Mitteln geschehen. Stück für Stück der Einrichtung ist zusammengetragen worden. Manches konnte dabei natürlich nur behelfsmäßig bleiben. Trotzdem glauben wir, daß die Heime einen der Zeit entsprechenden angemessenen Eindruck machen. Die Einrichtung des neuen Heimes auf diese Art wird aber kaum noch durchzuführen sein. Jedenfalls sind die vorsorglichen Beschaffungen bislang ohne Erfolg geblieben. Benötigt werden unbedingt 100 Kinderbetten mit dem nötigen Zubehör, Bettwäsche, 30 Schränke, Beleuchtungskörper, Sitzgelegenheiten, die Einrichtung der Anstellenzimmer usw. Hierfür werden schätzungsweise 10.200 RM. benötigt.

Beauftragt wird, für die Einrichtung eines Kindervollheimes im Herrenhaus des Gewerkschaftshofes Hammer

- a) nach dem Kostenanschlag des Stadtbauamtes
 - b) für die Beschaffung des erforderlichen Inventars
- zusammen:

9.800 RM
10.200 RM
20.000 RM

bei der Haushaltsstelle 471/900 bereitzustellen.

K a w a l e w s k y
Stadtrat

Kostenüberschlag

betr. Instandsetzung des Kinderheimes Hof-Hammer
(Herrenhaus)

I. Erdgeschoß H = 3,40 m.

Zimmer Nr. 1 (39) rd. 5,50 . 5,50 m

1	rd. 140 qm Wand-, Decken- und Fußbodenflächen reinigen, abwaschen und streichen einschl. Wicklung der Wandflächen	1,--	140--	
2	- Für Verglasung der Fenster		10--	
3	- Für Anstrich der Fenster und Türen		50--	
4	- Für Maurerarbeiten, Ausbesserungsarbeiten	40--		240.--
5	Zimmer Nr. 2 (38) rd. 5,50 . 6,00 m Arbeiten wie in Pos. 1-4			260.--
6	Zimmer Nr. 3 (28) rd. 4,50 . 5,50 m Arbeiten wie in Pos. 1-4			200.--
7	Zimmer Nr. 3a () rd. 4,50 . 5,50 m Arbeiten wie in Pos. 1-4			200.--
8	Zimmer Nr. 4 (27) rd. 5,00 . 5,00 m Arbeiten wie in Pos. 1-4			200.--
	Maurer- u. Tischlerarbeiten			1500--
9	Zimmer Nr. 4a rd. 4,00 . 3,80 m Arbeiten wie in Pos. 1-4			120.--
	dazu Tischlerarbeiten an Fenstern und Türen und 5 qm Verglasung			250.--

	zu übertragen:		1	620.--

	Übertrag:	1 620.--
10	Zimmer 5 (30) rd. 4,00 . 4,00 m Arb. wie in pos. 1-4	130.--
11	Zimmer Nr. 6 (30) rd. 2,50 . 3,00 m Arb. wie in Pos. 1-4	100.--
12	Zimmer Nr. 7 (30a) rd. 4,50 . 3,50 m Arb. wie Pos. 1-4	150.--
13	Zimmer Nr. 8 (30b) rd. 3,50 . 3,00 m Arb. wie in Pos. 1-4	100.--
14	Instandsetzung des Flures, des Treppen- hauses, der Schusterstube, 2 Aborte und Pförtneraum, Wandputz ausbessern und Malerarbeiten	500.--
15	Für Instandsetzen der Treppe, Treppen- geländer, der Fenster und Türen	30.--

VI. Obergeschoß H = 3,60 m

16	Zimmer 9 (43) rd. 3,00 . 3,00 m Mal-er-, Maurer- u. Tischlerarbeiten	150.--
17	Zimmer Nr. 10 (43c) rd. 2,50 . 3,00 = Arbeiten wie vor	150.--
18	Zimmer Nr. 11 (50) rd. 6,00 . 5,00 m Arbeiten wie vor	30.--
19	Zimmer Nr. 12 (49) rd. 5,00 . 4,50 m Arbeiten wie vor	200.--
20	Zimmer Nr. 13 (40) rd. 12,00 . 5,60 m Arbeiten wie vor	650.--
21	Flur rd. 8,00 . 5,00 einschl. Treppenhaus Arbeiten wie vor	500.--
22	Zimmer Nr. 14 (42) rd. 3,50 . 2,00 m Arbeiten wie vor einschl. einer neuen Tür zu übertragen:	200.-- 4 700.--

Übertrag:

4 700.--

23	Zimmer Nr. 15 (50a) rd. 3,00 . 2,00 m Arbeiten wie in Pos. 13	60.--
----	--	-------

III. Dachgeschoß H = 2,50 m

24	Zimmer Nr. 16 (55) rd. 5,00 . 4,00 m Maler-, Maurer- u. Tischlerarbeiten	200.--
----	---	--------

25	Zimmer Nr. 17(54) rd. 5,00 . 4,00 m Arbeiten wie vor	200.--
----	---	--------

26	Zimmer Nr. 18 (52) rd. 2,70 . 2,70 m Arbeiten wie vor	100.--
----	--	--------

27	Zimmer Nr. 19 (51) rd. 5,50 . 8,50 m Arbeiten wie vor	450.--
----	--	--------

28	Zimmer Nr. 20 (56) rd. 5,00 . 3,50 m Arbeiten wie vor	150.--
----	--	--------

29	Zimmer Nr. 21 (56a) rd. 5,00 . 2,00 m Arbeiten wie vor	100.--
----	---	--------

30	Flur rd. 6,00 . 5,00 m Arbeiten wie vor	300.--
----	--	--------

31	Für die Herstellung eines direkten Zu- ganges vom Erdgeschoß zu den Waschräumen im Keller. Durchbruch der Betondecke unter der Haupttreppe, Auswechseln der eisernen Träger. Die Betondecke ist teilweise tiefer zu legen. Herstellen einer massiven Treppe f. rd.	1 200.--
----	--	----------

32	Die Waschanlage im Keller (20 W. sch Becken instandsetzen, die Waschbecken sind größten- teils zu erneuern, Zu- und Abflußleitungen zu überholen.	1 500.--
----	--	----------

33	Für unvorhergesehene Arbeiten, Dichten des Daches usw. und zur Abrundung	490.--
----	---	--------

Kiel, den 5. Dezember 46	Zus.:	9 800.--
--------------------------	-------	----------

Stadtbauamt Ho. 2.		=====
--------------------	--	-------

I. A.

Gez. Unterschrift.

Betrifft: Über- und ausserplanmässige Ausgaben für das Rechnungsjahr 1946.

Berichterstatter: Stadtrat N i c k e l s e n.

Antrag: Genehmigung der nachstehend aufgeführten Mehrausgaben des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1946 gemäß § 91 Abs. 2 DGO. Die Ausgaben werden in einen Nachtragshaushaltsplan eingestellt.

<u>Einzelplan 0 allgemeine Verwaltung</u>	Ansatz Haushalts- plan 1946 RM	Mehr bez. neu RM	Gesamt- ansatz RM
<u>001</u>			
54 Fernsprech- und sonstige Postgebühren	60.000	30.000	90.000
<u>001</u>			
69 Vereinsbeiträge, Beihilfen, Zuschüsse	6.358	6.690	13.048
<u>001</u>			
80 Unterhaltung des Rathauses	5.000	7.000	12.000
<u>001</u>			
901 Kosten der Ausgestaltung der Gräber von Opfern der Konzentrationslager	---	53.770	53.770
<u>010</u>			
53 Beschaffung von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften	2.400	800	3.200
<u>012</u>			
55 Mehrkosten für Bekanntmachungen des Statistischen Amtes	1.300	800	2.100
<u>013 Planungsamt</u>			
500 Gehälter für Beamte	---	6.692	6.692
5020 Vergütungen für planmässige Angestellte	---	1.993	1.993
5021 Vergütungen für ausserplanmässige Angestellte	---	13.532	13.532
510 Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	---	5.019	5.019
511 Desgleichen für Angestellte	---	136	136
513 Versicherungs- u. Versorgungsbeiträge	---	1.630	1.630
53 Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	---	100	100
55 Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	---	300	300
65 Werbekosten	---	12.000	12.000
73 Reise- u. Fahrkosten	---	600	600
77 Vermischte Ausgaben	---	50	50
<u>022 Wahlsachen und Einwohnermeldewesen</u>			
500 Gehälter für Beamte	---	46.690	46.690
5020 Vergütung für planmässige Angestellte	---	32.584	32.584
5021 Vergütung für ausserplanmässige Angestellte	---	59.500	59.500

	Ansatz Haushalts- plan 1946 RM	Mehr- bzw. weniger RM	Gesamt- ansatz RM
510 Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge für Beamte	---	29.415	29.415
511 Desgleichen für Angestellte	---	2.216	2.216
513 Versicherungs- u. Versorgungsbeiträge	118	2.102	2.220
520 Mieten	350	4.900	5.250
521 Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung, Wasser	---	1.500	1.500
54 Fernsprechgebühren	---	600	600
55 Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächl. Verwaltungsausgaben	1450	9.550	11.000
56 Druck von Wählerlisten	---	43.000	43.000
73 Reise- Fahr- u. Unzugskosten	---	1.000	1.000
901 Beschaffung von Wahlurnen und Wahlzellen	---	14.000	14.000
<u>023</u> 65 Unkosten für Beschaffung von Lebensmitteln	5.000	20.000	25.000
<u>Einzelplan 1 : Ordnungsdienst</u>			
<u>11</u> 55 Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	1.750	1.825	3.575
<u>Einzelplan 3 : Kultur- und Gemeinschaftspflege</u>			
<u>322</u> 640 Mieten	---	6.750	6.750
<u>322</u> 641 Beleuchtung, Reinigung, Heizung, Wasser	---	600	600
<u>Einzelplan 5 : Gesundheitswesen, Volk- und Jugendertüchtigung</u>			
<u>522</u> 70 Steuern	18.835	10.318	29.224
<u>522</u> 903 Räumung des als Hilfskrankenhaus benutzten Schulgebäudes Kronshagen	---	12.700	12.700
<u>522</u> 973 Beschaffung eines Lastkraftwagens für Hilfskrankenhaus Bordesholm	---	1.845	1.845
<u>530</u> 55 Bekanntmachungen, Vordrucke, sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	100	700	800
<u>Einzelplan 6 : Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen.</u>			
<u>621</u> 902 Beschaffung einer "Elba"-Hängeregistratur für das Wohnungsamt	---	1.785	1.785
Einzelplan 7			

	Ansatz Haushalts- plan 1946 RM	Mehr bzw. neu RM	Gesamt- ansatz RM
<u>Einzelplan 7 : Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.</u>			
<u>7113</u>			
971	Beschaffung einer Elektrokarre mit Anhängen	---	6.200 6.200
<u>715</u>			
971	Neubau einer Geschäfts- zimmerbaracke auf dem Orts- friedhof	--	3.750 3.750
<u>717</u>			
600	Personalkosten der städt. Spar- und Leihkasse		
	Gehälter für Beamte	--	90.000 90.000
6020	Vergütungen für planmä- ssige Angestellte	--	616.000 616.000
<u>717</u>			
6021	Vergütungen für ausserplan- mässige Angestellte	---	335.400 335.400
610	Ruhegehälter, Hinterbliebenen- bezüge für Beamte	--	48.350 48.350
611	desgl. für Angestellte	--	20.367 20.367
<u>Einzelplan 8 : Wirtschaftliche Unternehmen.</u>			
<u>82</u>			
70	Steuern	3.000	1.500 4.500
<u>84</u>			
6813	Instandsetzung der Kalandanlagen 1. Rate	--	35.000 35.000
<u>84</u>			
6914	Beschaffung und Aufstellung eines Schwerlastenkranes an der Hörn--	--	120.000 120.000
<u>Einzelplan 9 : Finanz-u. Steuerverwaltung.</u>			
<u>900</u>			
55	Bekanntmachungen, Verdr., sonstige säch. Verwaltungsausgaben	250	500 750
<u>900</u>			
56	Druck des Haushaltsplans mit Nachtrag	5.000	10.000 15.000

Der von der Militärregierung für die Einreichung des Haushaltsplans 1946 gesetzte Termin war so kurzfristig bemessen, daß eine vorherige Überprüfung der Entwürfe zum Haushaltsplan durch die Kammer der ~~Stadträte~~ vorherigen Beratungen und Beschlüßfassungen über die Entwürfe in den Hauptausschüssen und durch die Stadtverwaltung nicht möglich waren.

Bei der nachträglichen Überprüfung der Entwürfe stellte sich die Notwendigkeit heraus, eine Reihe außer- und überplanmäßiger Ausgaben in den Haushaltsplan einzusetzen.

Der Haushaltsplan für 1946 ist von der Militärregierung nach dem dieser eingereichten Entwurf unter Vornahme einer Kürzung von 20 % bei den Ausgaben festgesetzt worden. Wie bei

der nachträglichen Überprüfung der Haushaltsplan-Entwürfe v
vorgenommenen Änderungen und Berichtigungen der Haushaltssan-
sätze wurden hierbei nicht berücksichtigt. Die Genehmigung
zu den erforderlichen Mehrausgaben wurde bei der Militär-
regierung in Form von Nachtragsveranschlägen beantragt.
Die Genehmigung hierüber steht noch aus. Unberührt hiervon
müssen für die Genehmigung der Mehrausgaben die haushalt-
rechtlichen Vorschriften beachtet werden, nach denen über-
und ausserplanmäßige Ausgaben der Genehmigung der Kämmerer
bzw. der Stadtvertretung bedürfen.

N i c k e l s o n
Stadtrat.

Betrifft: Optionsrecht der Stadt auf Aktien der Kieler Verkehrs-Aktiengesellschaft.

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen

Antrag: Zurückstellung um ein Jahr.

Nach Ablauf des Konzessionsvertrages zwischen der Stadt Kiel und der Allgemeinen Lokalbahn- und Kraftwerke A.G. ist das Kieler Straßenbahnunternehmen am 15.11.42 in die Kieler Verkehrs-A.G. eingebracht worden. Als Gegenleistung hat die Kieler Verkehrs-A.G. neue Aktien in Nennwerte von 11.000.000 RM neu ausgegeben, von denen 4.225.000 RM der Allgemeinen Lokalbahn- und Kraftwerke A.G. übertragen wurden. Nach § 3 des in dieser Sache abgeschlossenen Sondervertrages hat die Stadt Kiel an diesen Aktien ein Vorkaufsrecht. Außerdem ist die Lokalbahn-A.G. verpflichtet, diese Aktien der Stadt Kiel zum Nennwert auf Verlangen zu übertragen. Dieses Verlangen darf nur zum Schluß des Kalenderjahres mit Frist von einem Jahr, erstmalig zum 31.12.47 gestellt werden. Es ist daher vor dem 31.12.46 zu entscheiden, ob das Optionsrecht bereits in diesem Jahre ausgeübt werden soll. Die Aktienverteilung der Kieler Verkehrs-A.G. stellt sich z.Zt. wie folgt:

Stadt Kiel	9.193.100 RM = 61,3 %
Marine	600.000 " = 4,0 %
Deutsche Werke A.G.	425.000 " = 2,8 %
Lokalbahn A.G.	4.225.000 " = 28,2 %
Verstreuter Besitz	551.900 " = 3,7 %
	<hr/>
	zusammen 15.000.000 RM = 100 %

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 5.12.46 beschlossen vorzuschlagen, in diesem Jahre auf das Optionsrecht zu verzichten und im Jahre 1947 erneut in eine Prüfung einzutreten. Die Belange der Stadt sind bereits durch die Aktienmehrheit gesichert und eine Verfügung über Rücklagen der Stadt ist z.Zt. noch nicht erlaubt, in Hinblick auf die noch nicht zu überschenden Währungsverhältnisse auch unzulässig.

Auch der Hauptausschuß für die städt. Betriebe hat sich mit der Angelegenheit befaßt und im gleichen Sinne beschlossen.

N i c k e l s e n

Stadtrat.

Betrifft: Berichtigung von Haushaltsansätzen beim Unterabschnitt 028/-Gemeinschaftslagerverwaltung -

Berichterstatter: Stadtrat N i c k e l s e n.

Antrag: Genehmigung gemäß § 91 Abs. 2 DGO für

- | | | |
|---|----|------------|
| a) die Erhöhung des Ansatzes bei der Haushaltsstelle 640 Miete, Pacht | um | 95.344,-RM |
| b) die Verminderung der Ansätze bei den Haushaltsstellen 80 Unterhaltung der Baracken einchl. des Inventars | um | 9.644,-RM |
| 82 Gewöhnliche Abschreibungen | um | 18.700,-RM |
| 971 Ankauf von Baracken und Inventar | um | 67.000,-RM |

95.344,-RM

Begründung:

Als Grundlage für die Gemeindegewirtschaft gelten die Zahlen des der Militärregierung eingereichten Haushaltsplans. Später eingetretene Berichtigungen des städt. Haushaltsplans mußten daher durch eine Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplan aufgehoben werden. Versehentlich wurden die bei der Gemeinschaftslagerverwaltung eingetretenen Änderungen nicht in der Veränderungsnachweisung aufgeführt, so daß die Berichtigung nachgeholt werden muß.

N i c k e l s e n
Stadtrat.

Betrifft: Umbesetzung von Ausschüssen.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

4 Hauptausschuß für Wirtschaft und Ernährung

✓ Ausgeschieden: Bürgerliches Mitglied. Andreas Husfeldt (CDU)

✓ Neu: Hermann Luthje, Kaufmann, Kiel, Bartelsallee 3 (CDU)

6 Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen

✓ Ausgeschieden: Bürgerliches Mitglied. Direktor Hartmann CDU

✓ Neu: Rechtsanwalt Dr. Macht, Kiel, Berchenstr. 2, Tel. 3508 (CDU)

6 d a Unterausschuß Kleingartenbeirat

✓ Ausgeschieden: Bürgerliches Mitglied Dr. Sechusen, Kulturamt

✓ Neu: Regierungsrat Kalbe, Kulturamt, Eichhofkaserne, Tel. 21935

9 a 9 Fachausschuß für Straßenreinigung, Schlachthof und sonstige städtische Betriebe

✓ Ausgeschieden: Bürgerl. Mitglied August Rönnau (CDU)

✓ Neu: Christian Lauritzen, Kiel, Schlachthof (CDU)

10 Hauptausschuß für Wohnungsfragen

✓ Ausgeschieden: Bürgerl. Mitglied Direktor Hartmann (CDU, Vertreter der Hausbesitzer)

✓ Neu: Makler Paul Theede, Kiel, Lessingplatz 6 (CDU)

11 Hauptausschuß für Personalangelegenheiten

✓ Ausgeschieden: Ratsherr Dr. Max Emcke (CDU)

✓ Neu: Ratsherr Franz Schmucker, Kiel, Möllingstr. 13, Tel. Nr. 22 213 (CDU)

20 Entnazifizierungsausschuß

Ausgeschieden: Frau Luht Roedel (CDU)

✓ Gewerkschaftssekretar Hans Stade (ADGB)

Neu: Bürovorsteher Klaus Tietje, Kiel, v. d. Goltzallee 70 CDU

✓ Herr Roggenkamp, Kiel-E'lhagen, Rönnerweg 6 (ADGB)

27 Ausschuß zur Entnazifizierung der freien Berufe

✓ Ausgeschieden: Max L a s c h (KPD)

✓ Neu: Josef W e i ß, Friedrichsort, Prieser Höhe 3 (KPD)

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Stadtvertretung am Mittwoch, den
18. Dezember 1946, 15 Uhr in Kiel,
Rathaus, Ratssaal.

- - -

Anwesend : Oberbürgermeister Gayk
Bürgermeister Breitenstein

Stadträte : Engel
Einfeld,
Dr. Hell
Kowalewsky
Nickelsen
Schatz
Schmidt, Max
Schwartz

Ratsherren: Damm
Finn
Graber
Hinz
Hombrecher
Jahn
Kletscher
Köster
Kühl
Lythje
Marth
Müller
Pankow
Sager
Salau
Dr. Schäfer
v. Seidlitz
Schmidt, Ludwig
Schmucker
Stade
Stolze
Ungermann
Wiese
Wilhelms
Wüstenberg

Oberstadtdirektor : Lehmkuhl

Oberverwaltungsrat: Böttcher

" Mandelkow

Dezernent v. Stadtwirtschaftsamt : Puls.

Vertreter der Brit. Mil. Regierung : Hauptmann Cowie.

Entschuldigt fehlten die Ratsherren Köchling,
Schweim
Dr. Emcke

sowie Stadtrat Koch.

Unentschuldigt fehlten: Ratsherren Husfeld, Karge, Ratz, Stade,

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung um 15,24 Uhr.

Stadtrat Kowalewsky bemerkt zu dem Protokoll der Sitzung der Stadtvertretung am 4.12. Punkt 14, daß in der Sitzung ein Irrtum unterlaufen sei und zwar in Haushaltsstelle 641 Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung und Wasser 30.000,-- RM und für Haushaltsstelle 65 Beschaffung von Lebensmitteln einschließlich Transport 476.000,-- RM einzusetzen. Er bittet um Berichtigung des Protokolls in der nachstehend aufgeführten Weise.

"Laut Anlage". Die Anlage wird dahin berichtet, daß für
Haushaltsstelle 641 Heizstoffe, Beleuchtung, Reinigung und
Wasser 30.000,-- RM ,

Haushaltsstelle 65 Beschaffung von Lebensmitteln einschl. Transport -
kosten 476.000,-- RM
einzusetzen. Die Endsumme der Erhöhung um 839.458,-- RM wird hierdurch nicht berührt.

Das Protokoll wird mit der von Stadtrat Kowalewsky vorgeschlagenen Änderung einstimmig genehmigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Oberbürgermeister eine wichtige kommunalpolitische Erklärung zu einem, in den Kieler Nachrichten erschienenen, den Schriftwechsel zwischen dem Allgemeinen Kieler Kommunalverein und dem Landesminister Lüdemann betreffenden Artikel ab.

Er bezeichnet die Parole des Kieler Kommunalvereins "Alles für Kiel" als eine Parole des unau gesprochenen, verurteilungswürdigen Nachsatzes "Nichts für die anderen". Er habe sein tiefstes Bedauern auszusprechen über die durch den Kieler Kommunalverein geschaffenen Situation. Als verantwortlicher politischer Leiter der Stadt Kiel sei er ausserstande, diese Art von Politik mitzumachen, die nicht nur eine Politik der Froschperspektive sei, sondern auch eine Politik von Asozialen. Das sei dieselbe Politik brutalen Eigennutzes, die Deutschland mit der Phrase "Alles für Deutschland" in das nazistische Verderben geführt habe. Die Parole "Alles für Kiel sei der Untergang Kiels; es scheine immer noch Leute zu geben, die nichts aus der Vergangenheit gelernt hätten. Er bitte sich die gefährlichen Konsequenzen solcher nackten Interessenpolitik zu überlegen. Wie, wenn alle Gemeinden in der Provinz den Grundsatz des Kieler -Kommunalvereins umgekehrt zur Anwendung bringen würden! Er bedaure ausserordentlich das Schreiben des Kieler Kommunal-Vereins, wie auch die Tatsache, daß dies Schreiben Aufnahme in eine Kieler Zeitung gefunden habe. Der Neuaufbau Kiels vollziehe sich im Einvernehmen mit allen Kreisen der Provinz und in Übereinstimmung mit der Landesplanung, er vollziehe sich nicht auf Kosten anderer unter dem egozentrischen Gesichtswinkel des Kieler Kommunal-Vereins. Kiels Geschick werde bestimmt durch die berufene Stadtvertretung, durch die Landesregierung und durch die Militärregierung. Alle diese Instanzen hätten gemeinsame Anstrengungen gemacht, nach Möglichkeit das Chaos zu entwirren, in das man sich nach Kriegsende gestellt fand; es sei das Verdienst der Kieler Stadtvertretung, daß der Kampf für den Aufbau Kiels von allen Fraktionen und Parteien gemeinsam geführt wurde. Es sei das zweifelhafte Verdienst des Kieler Kommunal-Vereins, diese Einheit der Aufbauarbeit gestört zu haben indem aussenstehenden Kreisen ein Zerrbild vom Wollen Kiels entworfen worden sei. Er bitte alle, denen die Zukunft Kiels am Herzen liege, die Einheit und Geschlossenheit unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Ohne diese Einigkeit wäre Kiel verloren.

1. Betrifft: Wahl des Richters und der Beisitzer des Stadtverwaltungsgerichts.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag : Wahl von einem Verwaltungsrichter und 6 ehrenamtlichen Beisitzern.

Der Oberbürgermeister berichtet an Hand der Vorlage (Anlage 1).

Der aus dem Oberbürgermeister, Bürgermeister und Oberstadtdirektor bestehende Ausschuß für das Stadtverwaltungsgericht schlägt für das Amt des Richters Herrn Amtsgerichtsrat **A b r o m e i t**, als Beisitzer die in der Anlage aufgeführten 18 Kandidaten vor.

B e s c h l u ß :

Die Stadtvertretung stimmt der Wahl des Richters einstimmig zu und wählt weiter einstimmig die Herren :

Carl v. Seydlitz, Theodor Werner, Rudolf Rannow, Reinhard Arp, Paul Theede, Claus Tietje.

2. Betrifft: Erstattung verauslagter Gleisanschlußkosten an das Reich.

Berichterstatter. Oberbürgermeister.

Antrag: Die Gleisanschlußkosten für die Kartoffellagerhallen am Grasweg in Höhe von 35.396,14 RM aus Haushaltsstelle 920/971 für 1946 an das Reich (Oberfinanzkasse) zu erstatten.

Der Oberbürgermeister berichtet an Hand der Vorlage (Anlage 2)

B e s c h l u ß :

Einstimmig angenommen.

3. Betrifft: Nachtragshaushaltsplan für das Stadtbauamt (Drs.82)

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag : Genehmigung gem. § 91 Abs. II. DGO für folgende überplanmäßige Ausgaben :

61/630 Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	200,-- RM
631 Drucksachen, Zeichen - u. Schreibmaterial	3800,-- "
73 Reise- und Fahrkosten	12000,-- "
insgesamt :	16.000,--RM.

Der Oberbürgermeister berichtet an Hand der Vorlage.(Anlage 3)

B e s c h l u ß :

Einstimmig angenommen.

4. Betrifft: Instandsetzung des Schulbarackenlagers Elmschenhagen-Süd III.(Drs. 79).

Berichterstatter: Stadtrat **K o c h**.

Antrag : Bereitstellung von 5.000,-- RM und 1000,-- RM = 6000,-- RM bei 21/902 für 1946 für "Instandsetzungsarbeiten am Lager Elmschenhagen-Süd III" unter Entnahme aus Vorbehaltsmitteln.

Anstelle des verhinderten Stadtrat Koch berichtet Bürgermeister Breitenstein an Hand der Vorlage (Anlage 4) und bittet um Genehmigung der Mittel für die Instandsetzung des Schulbarackenlagers, Kiel - Elmschenhagen

Ratsherr Köster weist daraufhin, daß die Elmschenhagener Schule die größte aber auch erbärmlichste Schule in der britischen Zone ist. Wände und Türen sind undicht, die Rollglasfenster zum Teil zerrissen. Die Kinder gehen zur Hauptsache wegen des Essens in die Schule und nicht wegen des Lernens. Die Abortanlagen sind unsauber, sodaß die Kinder sie nicht benutzen können. Er bittet die Einfriedigung so anzulegen, daß die Verbindung nach Kroog nicht dadurch unterbrochen wird, weil nicht nur die Kinder, sondern auch die aus Kroog zum Einkauf kommenden Frauen einen mehrere km großen Umweg machen müssen. Er bittet weiter die Bürgermeister und das Schulamt alles zu tun, um die Schule in der Dorfstraße wieder herzurichten.

Der Oberbürgermeister weist daraufhin, daß auch die Schule in der Wiener Allee wieder hergerichtet werden soll. Die Einwohner müssen die Schule mit schützen. Der Oberstadtdirektor soll prüfen, ob die Hausmeister ihre Aufgabe erfüllen. Die Schule wird hergestellt, wenn das erforderliche Dachdeckermaterial zur Verfügung steht.

B e s c h l u ß :

Einstimmig zugestimmt.

5. Betrifft: Finanzbericht zum Haushaltsplan 1946 (Drs. 81).

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen .

Antrag : Kenntnisnahme.

Stadtrat Nickelsen berichtet an Hand der Vorlage (Anlage 5) und weist daraufhin, wie stark die Stadt Kiel auf die Hilfe der Provinz angewiesen ist.

B e s c h l u ß :

Einstimmig.

6. Betrifft: Bereitstellung von Mitteln für die Einrichtung des ehemaligen Herrenhauses auf dem Gewese Hof Hammer als Kindervollheim. (Drs. 84)

Berichterstatter: Stadtrat Kowalewsky .

Antrag : Genehmigung gem. § 91 Abs. II DGO für folgende außerplanmäßige Ausgaben :

471/901 Instandsetzung des Kinderheims Hof Hammer	9.800,-- RM
971 Inventarbeschaffung für das Kinderheim Hof Hammer	10.200,-- RM
	<u>20.000,-- RM</u>

Stadtrat Kowalewsky berichtet an Hand der Vorlage

(Anlage 6).

Ratsherr **H o m b r e c h e r** betont, daß wir nicht genug für die Kinder tun können und daß aus diesen Gründe die CDU der Vorlage zustimmen werde

B e s c h l u ß :

Einstimmig angenommen.

7. Betrifft: Über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Rechnungsjahr 1946. (Drs.85)

Berichterstatter: Stadtrat **N i c k e l s e n** .

Antrag : Genehmigung der in Drucksache 85 aufgeführten Mehrausgaben des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1946 gem. § 91 Abs. 2 DGO. Die Ausgaben werden in einen Nachtragshaushaltsplan eingestellt.

Stadtrat **N i c k e l s e n** berichtet an Hand der Vorlage (Anlage 7), und bemerkt, daß der Haushaltsplan soweit vorgearbeitet ist, daß er für den Fall der Anforderung durch die Militärregierung in kürzester Zeit vorgelegt werden kann.

B e s c h l u ß :

Einstimmig angenommen.

8. Betrifft: Optionsrecht der Stadt auf Aktien der Kieler Verkehrs-Aktiengesellschaft. (Drs.86)

Berichterstatter: Stadtrat **N i c k e l s e n** .

Antrag : Zurückstellung um ein Jahr.

B e s c h l u ß :

Einstimmig angenommen.

9. Betrifft: Berichtigung von Haushaltsansätzen beim Unterabschnitt 028/ - Gemeinschaftslagerverwaltung -. (Drs.87)

Berichterstatter: Stadtrat **N i c k e l s e n** .

Antrag : Genehmigung gem. § 91 Abs. 2 DGO für

a) die Erhöhung des Ansatzes bei der Haushaltsstelle 640 Miete , Pacht	um 95,344,-- RM
b) Die Verminderung der Ansätze bei den Haushaltsstellen 80 Unterhaltung der Baracken einschl. des Inventars	um 9.644,-- RM
82 Gewöhnliche Abschreibungen	um 18700,-- RM
971 Ankauf von Baracken und Inventar	um 67000,-- RM
	<u>95.344,--RM .</u>

B e s c h l u ß :

Einstimmig angenommen.

10. Betrifft: Umbesetzung von Ausschüssen.
Berichterstatter: Oberbürgermeister
Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

Oberbürgermeister berichtet an Hand der Vorlage (Anlage 10).

B e s c h l u ß :

Einstimmig zugestimmt.

11. a.T. Betrifft: Brennstoffversorgung der Stadt Kiel.

Stadtrat S c h w a r t z bringt eine EntschlieÙung der SPD-Fraktion (Anlage 11) zur Brennstofflage ein und führt zu deren Begründung aus, daß eine Katastrophe eintreten wird, wenn keine Zuteilungen erfolgen. Alles hätte aufgeatmet, als die Zusage kam, daß Hartbrennstoffe für den Hausbrand zugeteilt würden. Bisher seien aber nur ganz kleine Mengen zugeteilt und noch nicht geliefert. Die Zuweisungen für das Gewerbe erfolgen ohne Sachkenntnis. Er hätte kein Verständnis dafür, daß das Gewerbe die Brennstoffmengen für den ganzen Winter mit einem Mal und die Bevölkerung nichts erhielt, daß die Büros der öffentlichen Betriebe geheizt würden, während private ungeheizt blieben.

Zur Dezemberbedarfsberechnung des Bedarfs 6,5, das hier zugewiesen werden 3,8, das hier für Januar bedarfs des Bedarfs 6,5, das hier für Januar wieder ansetzen 3,6, das hier.

Hinzukommt, daß der Holzeinschlag vollkommen beendet ist. Ab 1.1.1947 werden keine Brennstoffe, weder für Heizzwecke noch für Kochzwecke zur Verfügung stehen. Der Landtag wird auf seiner Sitzung am 20.12.1946 zu der Brennstoffversorgung Stellung nehmen. Er schließt mit den Worten: "Gebt auch den Deutschen ihren Anteil an der deutschen Kohle".

In der folgenden Abstimmung wird die Dringlichkeit der EntschlieÙung einstimmig bejaht.

Der Oberbürgermeister weist daraufhin, daß die Stadt bereits bei der Militärregierung vorstellig geworden ist, und daß durch die Anwesenheit von Hauptmann C o w i e der Militärregierung Gelegenheit gegeben sei, dieser die Nöte der Stadt noch einmal direkt mitzuteilen.

Ratsherr H o m b r e c h e r erklärt sich mit der EntschlieÙung einverstanden.

B e s c h l u ß :

Einstimmig angenommen.

12. Betrifft: EntschlieÙung der SPD-Fraktion wegen des a.T. Verkehrs nach dem Stadtteil Elmsenhagen.

Der Oberbürgermeister gibt eine von der SPD-Fraktion vorgelegte EntschlieÙung (Anlage 12) wegen der großen Schwierigkeiten im Verkehr mit dem Stadtteil Elmschenhagen bekannt. Die Dringlichkeit wird mit großer Mehrheit bejaht.

F. Haglich

Ratsherr K ö s t e r begründet einen gleichfalls vorgelegten Antrag des Ausschusses für die städtischen Betriebe, der die gleiche Frage behandelt. Er führt aus: Der O-Bus-Verkehr ist seit Dienstag eingestellt. Bis dahin konnten nur noch ungefähr 350 Personen befördert werden. Die Busse sind stark überlastet. Die Fahrgäste müssen 1 bis 1 1/2 Std. auf Fahrgelegenheit warten. In Elmschenhagen sind zu wenig Ärzte, Geschäfte und behördliche Dienststellen, sodaß daraus die Notwendigkeit für die Bevölkerung entsteht, ihre Besorgungen in Kiel zu machen. Bei der Verkehrs-A.G. bestehen betrübliche Zustände; die Arbeiten müssen unter freiem Himmel ausgeführt werden. Wenn Fahrzeuge zur Reparatur in die Werkstatt kommen, werden Teile der Fahrzeuge sofort an anderen eingebaut, um diese wieder in Betrieb nehmen zu können. Es besteht die Gefahr einer Gesamtstillegung in den nächsten Tagen. Für den Verkehr nach Elmschenhagen werden 6 fahrende und 2 Ersatzbusse benötigt. Zwei Omnibusse sind für die Firmen Holmag und Friese beschlagnahmt. Die Hauptursache für die Schwierigkeiten sind der ungeheure Reifen- und Ersatzteilmangel. Die Reifenlaufzeit hat sich gegen früher von 100.000 km auf 15. bis 20.000 km verringert.

Ein weiterer Mangel besteht in der schmalen Straße in Elmschenhagen. Er bittet die Bürgermeister und den Oberstadtdirektor bei der Militärregierung wegen der Lieferung von Reifen und Ersatzteilen vorstellig zu werden und auch die Verbreiterung der Straße in Elmschenhagen zu beantragen.

Ratsherr H o m b r e c h e r weist daraufhin, daß die Strecken Kronsburg, Kronshagen, Poppenbrügge, Moorsee unter den gleichen Schwierigkeiten leiden, auch dort fehlen die Geschäfte, sodaß die Leute zur Erledigung ihrer dringenden Angelegenheiten 8 bis 10 km am Tage zurücklegen müssen.

Der Oberbürgermeister weist daraufhin, daß der Antrag nicht nur für Elmschenhagen, sondern für alle Linien gilt, daß die Verhältnisse in Elmschenhagen nur den Anstoß gegeben haben. Stadtrat S c h a t z schließt sich der Auffassung an.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die EntschlieÙung mit dem Zusatz "dasselbe gilt für die Strecken Kronsburg, Kronshagen, Holténau, Friedrichsort" anzunehmen.

Ratsherr K l e t s c h e r weist noch daraufhin, daß durch die Schwierigkeiten in der Verkehrslage die Gesamtversorgung der Stadt zum Erliegen kommen wird. Der Oberbürgermeister bestätigt dies, es handle sich um den Auslauf der gesamten deutschen Wirtschaft. Die Schwierigkeiten stehen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tragödie Deutschlands, von der die Kieler Verkehrsverhältnisse nur einen kleinen Teil ausmachen.

B e s c h l u ß :

Die EntschlieÙung der S.P.D. wird mit der vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Erweiterung einstimmig angenommen.

13. a.T. Betrifft: Erklärung von Hauptmann C o w i e
Militärregierung.

Hauptmann C o w i e gibt eine persönliche Erklärung zum Jahresende ab und weist daraufhin, daß dies die letzte Sitzung der Stadtvertretung in diesem Jahr ist und daß in diesem Jahr zum ersten Mal wieder ein gewählter Rat tätig war. Der Rat erhält immer mehr Rechte; dies sei auch in einer heute stattgefundenen Konferenz, wegen der Rechte des Landtages zum Ausdruck gekommen. Die Militärregierung verwaltet Deutschland heute nicht mehr. Er hofft auf glückliche Zeiten im neuen Jahr und bittet die Stadtvertretung um mehr Vertrauen. Es ist Friede aber alles noch sehr knapp und das Leben noch sehr schwer. Er spricht die Wünsche zum neuen Jahr, gleichfalls im Namen von Oberst R o s e , der verhindert ist , aus.

Der Oberbürgermeister dankt Hauptmann C o w i e und bittet diesen Dank auch an Oberst R o s e weiterzugeben. Er weist auf das gemeinsame Interesse am Aufbau der Demokratie hin. Die Aufgaben des kommenden Jahres sind : Ausbau der Selbstverwaltung, Wirtschaftsaufbau und Schaffung einer Einheit des deutschen Reiches.

Nachdem der Oberbürgermeister seine persönlichen Glückwünsche für Hauptmann C o w i e ausgesprochen hat, bringt er noch zum Ausdruck, daß er angesichts der Tausende im großen Elend in den Flüchtlingslagern lebenden Menschen nur schwer froh sein könne. Er erinnert an seine in der Presse veröffentlichte Bitte an die Bevölkerung zu helfen. Der Oberbürgermeister macht auf eine im Rundfunk erfolgte Sendung "Rettet Europa" aufmerksam und betont den Zusammenhang zwischen unseren eigenen Angelegenheiten und denen Europas. Es sei sein Wunsch, daß die Menschen wieder menschlicher werden. Die öffentliche Hilfe reicht nicht aus, es muß wieder die Hilfe von Mensch zu Mensch eintreten und jeder muß die Notleidenden unterstützen.

Der Oberbürgermeister schließt die Sitzung um 16,50 Uhr.

gg. Schenk

Oberstadtdirektor .

gg. Jürg
Oberbürgermeister.

gg. Bartenstein
Bürgermeister.

Legung
Lothar
H. Jürg

Stadt K i e l

- Hauptamt -

Kiel, den ¹⁴ Januar 1947

Auszüge aus der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 18.12.46 erhalten:

Von Punkt 1 der Tagesordnung: a) das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Von Punkt 2 der Tagesordnung: a) das Grundstücksamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Von Punkt 3 der Tagesordnung: a) das Stadtbauamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Von Punkt 4 der Tagesordnung: a) das Schulamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Von Punkt 5 der Tagesordnung: a) das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Von Punkt 6 der Tagesordnung: a) das Jugendamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Von Punkt 7 der Tagesordnung: a) das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Von Punkt 8 der Tagesordnung: a) das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Von Punkt 9 der Tagesordnung: a) das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) die Gemeinschaftslagerverwaltung
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Von Punkt 10 der Tagesordnung: a) das Ratsamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Z.d.A.

I.A. *Lührs*